

**Weßels, Bernhard / Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017.**  
 Wiesbaden: Springer VS-Verlag 2021, 520 Seiten,  
 € 69,99.



Fast zeitgleich mit der Bundestagswahl 2021 erschien der Band zur Bundestagswahl 2017 aus der klassischen Reihe der „blauen Bände“ mit Analysen zu den Bundestagswahlen, herausgegeben von den empirischen Wahlforschern Bernhard Weßels und Harald Schoen. Auch die Autorenschaft rekrutiert sich wieder aus zumeist renommierten Empirikern, die mit (allerdings gelegentlich recht unterschiedlichen Ansätzen) Daten zur Bundestagswahl auswerten, die ihnen zumeist die Langzeitstudie GLES bereitgestellt hat. Die Lektüre ist daher für Nicht-Fachleute auf diesem Gebiet sicher eine harte Kost, sie lohnt sich aber in jedem Fall, da in zahlreichen Beiträgen interessante Perspektiven eröffnet werden, die Hinweise auf die Entwicklung des Wahlverhaltens in Deutschland geben, die über diese Wahl hinausreichen.

Nach einem einführenden Beitrag der Herausgeber zur Analyse der Bundestagswahl 2017 untersuchen Dieter Ohr und Robert Stelzle die Bedeutung der Parteiidentifikation und kommen zu dem Ergebnis, das diese durchaus eine Rolle gespielt habe. Zwei Drittel der Wahlberechtigten seien in Westdeutschland im Sinne dieses Konzepts an eine Partei gebunden – vor allem „kognitiv hoch mobilisierte Individuen“ (S. 36). In

Ostdeutschland seien dies nur geringfügig weniger, was insgesamt darauf hindeutet, dass langfristige Bindungen auch für künftige Wahlen eine beachtliche Rolle spielen werden. Markus Steinbrecher analysiert das Wahlergebnis der SPD angesichts der Bewertung der ökonomischen Lage. Als kleinerer Partner der „großen“ Koalition konnte sie nicht von der guten ökonomischen Lage profitieren und fuhr ihr bislang schlechtestes Bundestagswahlergebnis ein. Offenbar wurden andere Themen wie Schul- und Bildungspolitik, Terrorismusbekämpfung, Rente und Migration als wichtiger gesehen. Auch die guten Bewertungen bei der sozialen Gerechtigkeit (dies wird auch in anderen Beiträgen deutlich) nützten der SPD (anders als bei der Bundestagswahl 2021) nicht.

Aber vielleicht haben sich bei der Bundestagswahl 2017 schon einige Entwicklungen absehen lassen, die sich später manifestiert haben. Dies lässt sich auch am Beitrag von Kai Arzheimer erkennen, der der Frage nachgeht, ob die AfD die Linke als ostdeutsche Regionalpartei abgelöst habe. Dies sei noch nicht der Fall, aber die AfD habe vom Gefühl der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie profitiert, was bislang in Ostdeutschland stärker die Linke gefördert hatte. Kontinuitäten werden auch deutlich am Beitrag von Sabrina J. Mayer, Achim Goerres und Dennis C. Spies über die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, die Daten aus der „Immigrant German Election Study“ auswerten.

Die Wahlbeteiligung aller Untersuchten mit Migrationshintergrund lag 15 bis 20 Punkte niedriger als bei den anderen Wahlberechtigten – allerdings steigt deren Zahl kontinuierlich an. Die Union blieb sowohl bei den Befragten

mit türkischem Hintergrund als auch bei den Russlanddeutschen hinter ihrem Durchschnittswert zurück – bei Letzteren waren sowohl Linke als auch AfD überdurchschnittlich vertreten, bei den Ersten SPD und Grüne stark überdurchschnittlich. Grundsätzlich fördern auch bei den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund klassische Faktoren wie Bildung, Parteiidentifikation und Gespräche mit Freunden die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung. Die Unterschiede zur restlichen Bevölkerung sind wohl nicht so groß. Hier liegt sicher Mobilisierungspotenzial für alle Parteien. Nur bei den Russlanddeutschen scheint die Identifikation mit dem Herkunftsland stärkere Vorbehalte gegenüber politischer Partizipation zur Folge zu haben.

Inwieweit Koalitionspräferenzen eine Rolle spielen ist, so Evelyn Bytzeks Fazit, schwer zu analysieren. Bei FDP (die viele Leihstimmen von der Union erhalten habe) oder Grünen (viele Wähler mit Präferenz einer schwarz-grünen Koalition) sei das eher der Fall, auch wenn dies kein entscheidender Faktor gewesen sei. Bei mehr theoretisch möglichen Bündnissen im sich auffächernden Parteiensystem dürfte Koalitionswählen ohnehin schwieriger werden.

Warum blieb der „Schulz-Effekt“, der zu Beginn des Wahlkampfes so stark zu verspüren war, bei der Wahlentscheidung selbst aus? Ulrich Rosar, Lena Masch, Frederik Springer und Markus Klein sehen als Gründe für die Kurzfristigkeit dieses Effekts zum einen den Bekanntheitsgrad des Kandidaten, der als quasi unbeschriebenes Blatt einen Neuigkeitseffekt für sich verbuchen konnte, der (wie bei früheren Herausforderern auch) geringer wurde, je mehr er ins Rampenlicht kam. Der zweite Grund, die kurzzeitige Unzufriedenheit mit der

Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, war kurzlebig und kam bald anderen zugute. Die Nominierung des bekannten Kandidaten Scholz hat der SPD 2021 offenbar mehr genutzt als der Überraschungskandidat Schulz 2017, aber da haben sicher andere Faktoren eine mindestens ebenso große Rolle gespielt.

Rüdiger Schmitt-Beck und Thorsten Faas zeigen, dass ein beachtlicher Teil der Wählerschaft Zweifel am demokratischen Charakter der Wahl hegt. Nur ein Drittel hielt die Wahl für „vollständig frei und fair“, jeder Vierte äußerte Zweifel an der prozeduralen Qualität dieser Wahl. Dies spreche dafür, dass die Kommunikationsstrategie der AfD (deren Wähler darunter weit überdurchschnittlich vertreten sind) mindestens unter deren Sympathisanten auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Till Weber kommt in seiner Analyse der Themenagenda der Bundestagswahl zu dem Ergebnis, dass sich Programme (aller) Parteien insgesamt zu stark an den männlichen Wählern und den oberen Schichten orientieren.

Die Verunsicherung der Wählerschaft angesichts der Positionen zum Thema Migration untersuchen Ina Bieber und Manuela S. Blumenberg und stellen fest, dass es vor allem der AfD gelungen sei, verunsicherte Wähler auf der emotionalen Ebene anzusprechen und zugleich weniger politisch gebildeten Personen eine Alternative auf der kognitiven Ebene zu bieten. Dieser Effekt hätte, so deuten die Autorinnen an, auch für SPD, Union und FDP bei stärkerer Nähe der Parteien zur Wählerschaft einen positiven Effekt für ihr Stimmergebnis haben können.

In einem zweiten großen Abschnitt folgen Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017. Paul W. Thurner u. a.

stellen ein eigenes Modell zur Schätzung der Wählerwanderungen vor, das keine grundsätzlich anderen Aussagen wie die Bilanzen von Infratest dimap ergibt, aber doch einige Unterschiede in Einzelwerten (höhere Loyalitätsraten bei Union und SPD, geringere in Bezug auf die Nichtwähler). Joachim Behnke analysiert die Gründe für die wahlrechtsbedingte Vergrößerung des Bundestages und plädiert angesichts notwendiger Reformmaßnahmen vor allem dafür, sich von der Unantastbarkeit direkt gewonnener Wahlkreise (vor allem bei relativer Mehrheit) zu verabschieden.

Aiko Wagner untersucht die Rolle des Populismus bei der Wahlentscheidung und kommt zu dem Ergebnis, dass bei dieser Wahl selbst die Entscheidung für die AfD ohne eine „Host-Ideology“ für populistisch eingestellte Bürger erkennbar war. Umgekehrt seien diese durch Sachfragen kaum ansprechbar; etablierte Parteien könnten in diesem Bereich auch durch inhaltliche Neupositionierung wenig gewinnen. Eher kosmopolitisch orientierte Wähler tendierten stärker zu den Grünen, eher parochial orientierte stärker zur AfD. Dies lasse sich (so Marc Debus) auch anhand des Freizeit- und Urlaubsverhaltens zeigen, was auch dazu anregen soll, unpolitische Faktoren bei der Wahlentscheidung zu berücksichtigen. Denis Cohen zeigt, dass das perzipierte ökonomische Risiko einen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte. Vor allem bei der AfD habe das latente Risiko der Arbeitslosigkeit einen starken Effekt gehabt, auch wenn unklar sei, ob dieser Effekt eher zu Wahlenthaltung oder zur Mobilisierung von Modernisierungsverlierern zugunsten der AfD führe.

Die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit – ein wichtiger Faktor bei der

letzten Bundestagswahl – hat schon 2017 eine beachtliche Rolle gespielt, wie Nils D. Steiner zeigt: Schon 2017 sei die Union von den Wählern abgestraft worden, die eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit wahrnahmen. Das waren knapp die Hälfte der Befragten der GLES-Studie. Umgekehrt habe die AfD da am meisten profitiert, die SPD als Regierungspartner hingegen nicht. Bettina Westle untersucht den Zusammenhang von Parteiidentifikation und politischer Kompetenz und kommt zu dem Ergebnis, dass Menschen mit Parteiidentifikation eine höhere Kompetenz aufwiesen als parteiunabhängige Bürger, außer bei den Anhängern der AfD, die zwar meinungsfreudig seien, aber in ihren Einordnungen oft danebenliegen.

Zwei Beiträge behandeln die Wirkungen des TV-Duells der Spitzenkandidaten. Laut Lea C. Gorski und Michaela Maier verneinen die Anhänger von AfD und der Linken überdurchschnittlich die Aussagen der Spitzenkandidaten, was aber nicht zur Verstärkung vorhandener populistischer Positionen geführt habe. Jürgen Maier und Jennifer Bast analysieren das TV-Duell vom 3. September 2017 zwischen Angela Merkel und Martin Schulz. Die Wirkung ist insgesamt schwer einzuschätzen; nur jede zehnte Aussage hinterlasse Reaktionen, die als Veränderung der Unterstützung eines Kandidaten gesehen werden können. Die Autoren argumentieren, dass insgesamt (auch bei anderen vergleichbaren Veranstaltungen) der Angriff die bessere Strategie sei.

Die Nutzung sozialer Medien durch die Kandidaten ist, wie Sebastian Stier, Jürgen Maier und Corinna Oschatz zeigen, generell angestiegen. Immerhin betrieben 84 Prozent einen Facebook-Account (das wurde von ihnen auch als

wichtigstes Medium in diesem Bereich gesehen) und 49 Prozent waren bei Twitter angemeldet. Die AfD-Kandidaten seien bei diesen Anbietern nicht stärker präsent, obwohl diese grundsätzlich die Sozialen Medien intensiver nutzen, was an der geringeren Professionalisierung der Kandidaten dieser Partei gelegen haben könnte. Franz Urban Pappi und Thomas Bräuninger untersuchen auf der Basis eines komplexen Modells die Auswirkung der Unsicherheit bei der Wahrnehmung des Politikangebots der Parteien. Ein Ergebnis ist, dass für den Durchschnittswähler die Zuwanderungspolitik wichtiger war als Klimaschutz und Sozialstaat. Generell ist die Unsicherheit bei der Links-Rechts-Skala geringer als bei den Sachthemen.

Harald Schoen und Maria Pesthy untersuchen das Verhältnis von CDU und CSU sowie die jeweilige Bewertung und die Auswirkung auf das Wahlverhalten. Es fällt auf, dass die CSU durchweg schlechter beurteilt wurde als die CDU und das besonders stark außerhalb Bayerns. Diese Unterschiede seien zur Zeit des Streits über die Flüchtlingspolitik stark angewachsen, kurz vor der Bundestagswahl zwar zurückgegangen, aber nicht auf das Niveau von vor 2015. Auf die Wahlentscheidung habe sich dies insgesamt zwar kaum ausgewirkt, in Bayern aber doch, wo bei wachsender wahrgenommener Diskrepanz zwischen der Bewertung der Parteivorsitzenden die Wahrscheinlichkeit der CSU-Wahl geringer wurde. Auseinanderfallende Bewertungen von Politikern der eigenen Partei (oder Parteienfamilie) können als störende Dissonanzen empfunden werden und so (wie wohl in diesem Fall) Reaktionen seitens der Bürger auslösen. Am Ende des Bandes finden sich zwei

Beiträge über Ungarn und Österreich, die man in einen solchen Band über die Bundestagswahl 2017 nicht unbedingt hätte aufnehmen müssen.

Der Band hat seinen Ruf der Reihe als Klassiker der Wahlforschung eindrucksvoll bestätigt. Wenn manche Schaubilder lesbarer wären, würde dies der Verbreitung ebenso helfen wie der gelegentliche Verzicht auf allzu komplizierte Sprache. Insgesamt ein eindeutiger Beleg dafür, dass diese Art von Wahlforschung wichtig ist. Sie sollte auch in Sammelbänden häufiger erfolgen und möglichst bald die Bundestagswahl 2021 erfassen.

**DR. GERHARD HIRSCHER,  
HANNSEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**

---